

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 23. September 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 110

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zwanzig Jahre Sisyphusarbeit. — Bündlerische Verdächtigungen und Verteilungen.
Gesellschaften: August Bebel als Sozialpolitiker, I.
Korrespondenzen: Berlin. — Bielefeld (M.-S.). — Frankfurt a. M. (M.-S.). — Gießen. — Landsbut. — Leipzig. — Würdingen. — Waldenburg. — Waldenburg (M.-S.).
Wandschau: Meisterprüfungen. — Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. — Erwünschte Freigabe des Nachdruckes von Holzschnitten. — Strafbarer Bestellscheinabruch. — Inehrdlicher Buchdruckerbesitzer. — Weitere Ausdehnung der Sammlungsruhe. — Zur Herabsetzung der Altersgrenze in der Reichswahlberechtigung. — Früchte überhöhter Neutralitäts-schnüffels. — Christliche Krankenhäuserverwaltung. — Eine Korrektur Breslauer Jullis.
Literarisches: Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe. — „Buchgewerbliches Hilfsbuch.“

□ Zwanzig Jahre Sisyphusarbeit □

Vor einigen Wochen hat die deutsche Buchdrucker-geschichte einen gewissen Zeitabschnitt vermerken können: Der Gutenbergbund bestand zwanzig Jahre! Während in der bekannten Presse von angeleglichen Be-drückungen der christlich-nationalen Buchdrucker-organisation zu dem nämlichen Zeitpunkt mancherlei zu lesen war, hat man von dem zwanzigjährigen Bestehen dieser so warm protegieren Sonderbündelei gar keine Notiz genommen. Das kommt wohl nicht zuletzt daher, daß an die Stelle der hiesigen Wald-zettelfabrikation für den Gutenbergbund besorgenden christlichen Gewerkschaftskorrespondenz die Redaktion des „Typograph“ getreten ist, der es doch zu viel gewagt erscheinen mochte, neben dem ewigen An-liegen, den ständigen Unterdrückungschmerzen Raum zu gewähren, auch noch mit einem Subiläumsbrim-borium die dem Bund ohnehin begrenzter werdende Öffentlichkeit zu kauschen.

So ist denn des 3. und 4. September, an wel-chen beiden Tagen vor zwanzig Jahren in Erfurt das morsche Gebäude des Gutenbergbundes zu-sammengezimmert wurde, und zwar durch die Ini-tiative des Berliner Buchdruckervereins (N.-V.), nicht weiter als im „Typ.“ gedacht worden. Herr Thraner-ferste da ein ziemlich nachträgliches Defillat frohiger Subi-läumsstimmung vor. Ohne die an dem Gutenberg-bund bekannten Ausschneideereien, Lügenbeutereien und auch Ruhmredigkeiten ging es aber auch hie-bei nicht ab. Es sei nur an zwei Proben gezeigt, wie sich in dem bündlerischen Präsidentenoberstübchen Bedeutung und Wirken der un-reifsten Absichten vor 20 Jahren entsprungene Gründung einer Gegen-organisation malen. Thranerfer gießt an einer Stelle bittere Zähren, daß der Gutenbergbund nicht als Organisation fähigen Anteil an dem Wiederaufbau der Tariftgemeinschaft nehmen konnte und sagt weiter:

„So ist es doch allein der Erfindung des Gutenberg-bundes zu verdanken, wenn sich die deutsche Buch-drucker-gesellschaft der Segnungen des gewerblichen Friedens seit nunmehr 17 Jahren erfreuen kann.“

Also hätte der Bund schon 17 Jahre lang als Sicher-heitsventil zum Segen des Gewerbes funktioniert. Was wäre ihm dieses da an Dank schuldig! Die Tatsache indes, daß nach jeder Tarifrevision der „Typ.“ Hebestiftel brachte; die das Erreichende unge-nügend und unbefriedigend nannten, sowie die Ge-hilfenvertreter als Schlapptschwänze angriffen, teilweise vorgekommene Scharfmachereien vor den Tarif-revisionen, z. B. 1901, daß der Tarif nicht gekündigt worden war, zeugen von einer Moral, die über die bewußten „gesunden gelben Gedanken“ noch hinaus-geht.

Eine andre Behauptung Thranerfers, nämlich die:

Trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten, die ihm gerade von der neuerstandenen Tariftgemeinschaft selbst in den Weg gelegt wurden, haben Leitung und Mitglieder unserer Organisation zu jeder Zeit ihr redlich Teil zur Durchführung und zur weiteren Verbrei-tung der Tariftgemeinschaft beigetragen,

wird auf ihren wahren Wert in einer abermaligen Landgerichtsverhandlung in Köln am Tage des Er-scheinens dieser Nummer zurückgeführt werden. Mag der Prozeß Gutenbergbund kontra Franke und Albrecht formell einen Ausgang nehmen, wie er will, die Thranerferse Behauptung wird in die Brüche gehen. Nicht nur nicht „zu jeder Zeit“ hat der Gutenbergbund seine Pflicht und Schuldigkeit in tariflicher Beziehung erfüllt, selbst nach zwanzig Jahre langem Bestehen ist die Tariftreue beim Bunde noch ein leerer Wahn. Da liegt vor uns der Brief eines Gutenbergbündlers, datiert von Anfang August dieses Jahrs. Der Betreffende macht die verweislichsten Anstrengungen, wieder in den Ver-band aufgenommen zu werden, dem er den Rücken kehren mußte. Zwei Monate gehört er erst der Ge-meinschaft der allezeit Tariftreuen an, doch er kennt sie bereits:

„Ich habe aber jetzt schon die Nase voll davon und weiß nur nicht, was die Leute unter „Tariftreue“ verstehen.“

Das Urteil der eignen Mitglieder muß man schließ-lich doch als kompetent anerkennen! Im nach-folgenden Artikel des Kollegen Albrecht ist die Tarift-reue des Gutenbergbundes, an einer hübschen Zahl von Einzelfällen illustriert. Es ist in jenem Tag-gebiete des Bundes auch nichts Seltenes, daß so ein tariflicher Tugendbold von einer tariffreien Druckerei in die andre wandert, wie uns ein Fall aus Aamen i. W. mitgeteilt wird. Wenn diese hübschen Praktiken einmal aufgedeckt werden, weiß sich die Bundesleitung zu retten: der Betreffende ist dann einfach nicht mehr Mitglied. Mit einer solchen Ausrede hat man sich unlängst aber dem Tarifsaufe gegenüber in die fatalsten Widersprüche verwickelt. So kann freilich nur mit Einzelmitgliedern experi-mentiert werden. Ist ein ganzes Personal von der Marke G.-B., die in Frage kommende Druckerei aber N.-L. (nichttariftreue), dann bereitet das Heraus-schwindeln größere Schwierigkeiten. Wie man das z. B. betreffs der Bundesgefellen bei der Firma Krenn in Eberswalde, die nicht der Tariftgemein-schaft angehört, versuchen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls belagen diese Ausführungen etwas andres als die von Thranerfer hervorgehobene wahre, echte Tariftreue „von Kindheitsbeinen an“. Nach 20 Jahren sind dem Gutenbergbund also immer noch genug tarifliche Extratouren nachzuweisen. Und wenn so ein wacherer Bundesmann in diesen Tagen erst einem Verbandsfunktionär in Rheinland-Westfalen schrieb, er bleibe in dieser christlichen und nationalen Ge-meinschaft, denn man müsse einmal abwarten, was die nächste Tarifrevision bringe, dann ist für den normalen Buchdruckerverband damit unverkennbar angedeutet, daß in den Kreisen dieser sonderbaren Tariftgemeinschaftsheiligen auf das Jahr 1916 Hoff-nungen gesetzt werden, die die von Thranerfer be-tonten „Segnungen des gewerblichen Friedens“ gar nicht mehr als im Interesse des Gutenbergbundes gelegen erscheinen lassen. Was übrigens schon 1911 klar zutage getreten ist.

Eine Gewerkschaft pflegt bei Zurücklegung eines Zeitabschnittes, wie er nun für den Gutenbergbund

zu verzeichnen ist, in erster Linie an der Entwic-klung des Mitgliederbestandes darzulegen, daß die ver-richtete Arbeit nicht vergeblich gewesen ist. Anders der Gutenbergbund. In seinem sogenannten Subi-läumsartikel findet sich darüber nicht ein Wort. Man kann darüber nichts sagen, ansonst der Nachweis selbst geliefert werden müßte, daß es Sisyphusarbeit war die ganzen 20 Jahre hindurch. Auf tariflichem Gebiete destruktive Tätigkeit, auf organisato-rischem Sisyphusarbeit, das ist das bejammerns-werte Resultat der an Anstrengungen, Mitglieder zu gewinnen, gewiß überreichen Zeit von zwei De-zennien.

Der Gutenbergbund hat zu verschiedenen Zeit-punkten größere Mitgliederverluste gehabt, so 1907 und 1901/02. Die bei den Tarifberatungen 1901 der Bundesleitung nachgewiesenen vielen Schädigungen der Tariftgemeinschaft hatten, wie auf dem Kongreß von Essen kürzlich mitgeteilt wurde, den Verlust von 860 Mitgliedern zur Folge. Vor diesem Debacle hatte der Bund etwa 3500 Mitglieder aufzuweisen. Die jetzt angeblieh vorhandenen, sich jedoch über Deutschland, Österreich und die Schweiz verbreitenden 3400 „christlich-national“ organisierten Buchdrucker stellen also noch nicht dar, was man vor zwölf Jahren schon einmal befehlen hat! Vergewegenwärtigt man sich, daß seit dem An-schluss an die christlichen Gewerkschaften und die nicht lange darauf einsehende starke Begünstigung des Bundes durch die rheinisch-westfälische Prinzipalität, später durch Zentrumsblätter und Zentrumsdrucke-reien auch in andern Gegenden — vornehmlich Schlesien! —, der Gutenbergbund eine Förderung er-fuhr, wie sie in diesem Maße keiner andern christ-lichen Organisation zuteil geworden ist, so wird es immer offenkundiger, daß die 20 Jahre für den Bund nichts andres waren als tatsächliche Sisyphus-arbeit. Selbst das christliche Zentralverbände für das graphische Gewerbe, das auch kein leichtes Ar-beiten hat und geraume Zeit gar nicht vorwärts kam, macht in den letzten Jahren bessere Fortschritte als der mit jedem Mittel, mit schlechten allerdings mehr denn mit rechten, geförderte Tugendbund.

Unter den Mitteln und Wegen, die diese Miß-geburt, bei der der Teufel Pate gefanden, von frühester Zeit an mit Vorliebe benutzte, ist das Pam-phlet an erster Stelle zu nennen. Die älteste in unserm Besitze befindliche Broschüre datiert aus dem Jahre 1895. Im ganzen sind bei uns 14 solcher verleumderrischer Denunziationschriften vorhanden. Damit ist die Leistungsfähigkeit im Verdächtigen und Verunreinigen aber nicht erschöpft. Es wird auf jedes Jahr wohl ein derartiges Machwerk kom-men. Das „Subiläumsjahr“ 1913 hat den Rekord erreicht. Vier Schmutzbomben haben „bis jetzt“ den bündlerischen Erzeugungsort verlassen. Nach der interessanten Generalversammlung in Essen allein drei — das ist der Verleumdungsrekord! Was hat dagegen der Verband getan? Wie einfach, sparsam und durch ihre Öffentlichkeit auch ehrlich vollzogen sich seine Abwehr im „Korr.“ gegen diese bössartigen Schreibereien!

Der Gutenbergbund indes hat in seinem Organe fast nichts andres vollbracht in den 20 Jahren als blind und im Grundzuge gemein den Verband und in zweiter Linie die Tariftgemeinschaft zu bekämpfen. Damit ist es aber nicht genug gewesen. Zu dem Broschürenunflug ist seit der „Verchristlichung“ der

Waschzettelverband gekommen. Er erfolgte bis vor einiger Zeit auf Umwegen, durch die auch nicht den edelsten Zwecken dienende christliche Gewerkschaftskorrespondenz. Die Brunnenvergiftung in so aufzagen eigener Regie, wie sie nunmehr von der Redaktion des „Typ.“ aus geschieht, hat jedoch schon einen hübschen Erfolg aufzuweisen. Wir erhielten nämlich in den letzten Wochen sogar von Zentrumsblättern nicht aufgenommene Waschzettel zurückgeschickt! Der „Typograph“-Schriftent benimmt sich also auch bei dieser Befestigung wie der Elefant im Porzellanladen. Wenn Prinzipale (die in bestimmten Gegenden sogar mit Freie Exemplaren des „Typ.“ „beglückt“ werden, wozu man auf dem Kaiser-Franz-Grenadier-Platz beziehungsweise Kreuzbänder mit dem Vermerke „Buchdruckereibesitzer“ vorrätig hält) die ihnen gewordenen Zusendungen an das Personal gehen lassen mit den „empfehlenden“ Worten: „Waschen Sie sich nur die Hände ordentlich, wenn Sie dieses Papier befeuchten, und zwar mit recht viel Seife“, so kann über einen derartigen „Erfolg“ bei uns gewiß Befriedigung herrschen.

Nachdem bis 1902 der Gutenbergbund in seinem Statute den sogenannten Neutralitätsparagrafen hatte, der einen Freibrief für Streikbrechereien insofern ausstellte, als der Anspruch auf Insterfützung von der Befestigung oder Nichtbefestigung an Lohnbewegungen resp. Tarifkonflikten nicht abhängig war, ist man vom Jahre 1906 an „christlich-national“ geworden. Dieser Anschluß an die christliche Gewerkschaftsrichtung vollzog sich bekanntlich mit einer Verge waltung der Andersdenkenden. Statt des gepredigten Grundsatzes, daß die religiöse und die politische Gesinnung keine Rolle spielen darf für die Aufnahme oder die Mitgliedschaft im Gutenbergbunde, praktizierte man den nachsten Terrorismus, indem eine größere Zahl von Anhängern, die gegen den Anschluß an die christlichen Gewerkschaften waren, unbeschadet ihrer erworbenen Rechte ausgeschlossen wurden.

Wäre man konsequent vorgegangen, hätten sogar Führer aus dem bündlerischen Paradiese vertrieben werden müssen. Selbst der ehemalige Vorsitzende wäre dem Ausschlusse verfallen, denn dieser hätte mit seinem bekannten Aussprüche gegen die „Paffen-gesellschaft“ den Ausschluß zunächst verwirkt gehabt. Aber nun wurde auf einmal die „christliche Weltanschauung“ vorgekauft und in politischer Richtung wandelte sich der Gutenbergbund in ein Sturm böcklein gegen die Sozialdemokratie.

Mit der jetzigen glorreichen Tra Thränen-Treffersfelder ist der Tugendbund eine christlich-katholische Gewerkschaft geworden. Der Felder wurde seiner Zeit mit den im christlichen Zentralverbande für das graphische Gewerbe vorhandenen Buchdruckern in den Bund übernommen und sogleich als ange-

stellter Agitator auf die katholisch gesinnten Gehilfen losgelassen, obwohl er nicht einen Tag dem Gutenbergbund angehört hatte. Auch ein Vorgang, wie er in einer andern Organisation — selbst christlicher Richtung — einfach unmöglich ist.

Die Verbindungen, die die strebsamen Deutschen Treffer und Felder in katholischen Kreisen hatten, brachten es dahin, daß der Gutenbergbund mehr und mehr der Zentrumspolitik sich anpaßte, was überdies die nach langem Säudern erreichte Aufnahme in den christlichen Gesamtverband mit bedingte. Nun „interessierte“ sich auch die Zentrums- presse mehr und mehr für den Bund, und in den Zentrumsdruckereien begannen seine Aktien zu steigen. Allerdings war dieser Erfolg nur ein beschränkter. Einmal machten die katholischen Buchdruckergehilfen in ihrer überwiegenden Zahl nicht mit, andererseits mußte wohl ein ansehnlicher Teil der Zentrums- presse wie auch der Zentrumsdruckereien den plötzlichen Umschwung im Gutenbergbunde nicht für echt halten, denn jetzt noch hat der Gutenbergbund mit einem immerhin bemerkenswerten passiven Widerstande gerade von letzterer Seite zu rechnen. Dabei ließ jedoch die Bundesleitung kein Mittel unversucht, auch hier in Gnaden erhört zu werden. Das, was man Arbeiterwürde nennt, wurde häufig in direkt widerlicher Weise preisgegeben, und je mehr das geschah, desto mehr wuchsen wohl die Sympathien des einen Teils der Zentrums- presse und der zu dieser zählenden Prinzipale, der andre beobachtete seine Reserve indes weiter. So kam es, daß der Gutenbergbund trotz aller ihm werdenden Insterfützung doch nur stagnierte. Auch seine christliche Weltanschauung hat keine Berge zu verleben vermocht. Nach sieben Jahren Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschafts- richtung und eifriger Verfehlung der Zentrumsinter- essen ebenfalls das betrübliche Ergebnis: Sisyphus- arbeit!

Nunmehr hat sich aber herausgestellt und ist auch zu beweisen:

Die Bundesleitung hat mit dem christlich-nationalen Standpunkte wie mit der christlichen Weltanschauung des Gutenbergbundes nur unerhörten Schwindel getrieben!

Das Gerede und Geschreibsel von dem „sozialdemokratischen Verbannde“, die vielen halbtosen Angriffe auf unsre Organisation wegen ihrer religionsfeindlichen Tendenz, die laute Entrüstung über den „Korr.“, der die Verbandsmitglieder zu Sozialdemokraten erziehen und gar auch noch zum Aus- tritt aus der Kirche auffordern soll — alles ist Macho, widerwärtige Heuchelei und Ver- spiegelung einer nicht vorhandenen Über- zeugung gewesen!

In unsern Händen befinden sich Schriftstücke neuen Datums (Ende August und Mitte Sep-

tember), wonach ein Kollege sich an den Hauptvor- stand des Gutenbergbundes wandte, dielem von seinem Interesse für die christlich-nationale Buch- druckerorganisation Mitteilung machte und um einiges Material zur weiteren Aufklärung ersuchte. Der Hauptvorstand gab darauf den in Betracht kommenden bündlerischen Kreisvorsitzenden — es handelt sich um eine der größten Städte — Kennt- nis, daß etwas zu machen sei mit gedachtem Kol- legen. Der Herr Kreisvorsitzende wieder teilte eil- fertig dem „Bundesaspiranten“ mit, daß er jederzeit zur Auskunftserteilung und Aufklärung über den Gutenbergbund bereit sei und war so entgegen- kommend, gleich eine Postkarte zur gefl. Benützung beizulegen. Der Gutenbergbundkandidat machte da- von Gebrauch und frug nun bei dem betreffenden Kreisvorsitzenden an, ob es kein Hindernis für den Übertritt in den Gutenbergbund sei, wenn er bekenne, daß er politisch ganz auf dem linken Flügel stehe — also Sozialdemokrat, wenn nicht noch stärkerer Tabak! —, und wenn er weiter mit- teile, daß er aus der Kirche ausgestreft wäre, er sei Atheist!

Man sollte meinen, daß nach einer solchen Frage- stellung der Herr Kreisvorsitzende entweder geant- wortet hätte, die Falle sei ihm zu dumm, da gehe er nicht hinein, oder der Anfragende sei des Teufels und möge einer christlich-nationalen Gewerkschaft weit aus dem Wege gehen. Keines von beiden geschah! Der Herr Kreisvorsitzende offenbarte viel- mehr die im Gutenbergbunde herrschende Gesinnungs- fälschung mit folgenden Zeilen:

Antwortlich Ihrer Karte teile ich Ihnen betreffs Ihrer Anfragen mit, daß wenn Sie nur Lust und Liebe zu irgendeiner Befestigung innerhalb der Ge- werkschaftsbewegung besitzen, Sie sich auch bei uns trotz Ihres Pinkssehens betätigen können, denn in der Arbeiterbewegung gibt es Befestigung in Stille und Fülle.

Bzüglich Ihres Austrittes aus der Reli- gionsgemeinschaft sollte dies auch kein Grund sein, einer christlichen Gewerkschaft nicht bei- zutreten. . . .

Es bedarf natürlich keiner Versicherung, daß so- wohl der bündlerische Hauptvorstand wie im beson- deren der Herr Kreisvorsitzende Salekhy in Betreff einem Spatzvogel ganz gehörig aufgelesen sind. Treffer, der in allen demagogischen Künsten her- vorragend Verlernte, wird vielleicht auch hier den Versuch unternehmen, daraus das Gegenteil zu konstruieren, daß nämlich dem angeblich beitriffs- lustigen Verbandsmitgliede mit einem ähnlichen Cow gedient worden sei. Aber das verfährt in diesem Falle nicht! Denn auch dann noch wäre die Salekhy'sche Antwort pyramidal einfältig. Abriegers besitzen wir auch sonst noch beweiskräftiges Material dafür, daß es ihm Ernst mit dieser Auskunft ge- wesen ist.

August Bebel als Sozialpolitiker

I.

Dr. Heinrich Braun entwirft unter dieser Überschrift in den von ihm herausgegebenen „Annalen für soziale Po- litik und Gesetzgebung“ (Band III, Heft 1 und 2, Verlag von Julius Springer in Berlin) um dem verstorbenen großen Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse ein Bild, das uns Bebels Denken und Empfinden, sein Schaffen und Wirken zum Teil von einer weniger bekannten Seite zeigt. Mit der Veröffentlichung von Bruchstücken aus dieser größeren Abhandlung glauben wir zur besseren Wür- digung der Vielseitigkeit dieses hochverdienten Mannes in unsern Reihen beizutragen.

In die Anfänge der parlamentarischen Tätigkeit Bebels fällt eine Episode, die den realpolitischen Grundzug seines Wesens, der ihn recht eigentlich zum Sozialpolitiker machte, in besonderer Deutlichkeit hervorheben läßt. Dieser Vor- gang wirft Licht auf die ganze politische Laufbahn Bebels, und deshalb muß er erwähnt werden, ehe auf Einzelheiten seiner sozialpolitischen Wirksamkeit eingegangen wird. Es handelt sich dabei um Bebels Konflikt mit Liebknecht in Fragen praktischer Politik und namentlich der Befestigung der Sozialdemokratie an der parlamentarischen Arbeit. Liebknecht nahm ihnen gegenüber den Standpunkt drohender Negation ein. Er erklärte die Tätigkeit im Reichstage des Norddeutschen Bundes seitens der Vertreter der Arbeiter- klasse für vollkommen wertlos, da an eine gesetzgeberische Einwirkung nicht zu denken sei. . . . den im Reichstage fast ausschließlich vertretenen herrschenden Klassen gegen- über ist der Sozialismus keine Frage der Theorie mehr,

sondern einfach eine Machfrage, die in keinem Parla- mente, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder andern Machfrage. . . . Welchen „praktischen“ Wert hat also das Reden im Reichstage? Keinen. . . . Und wir sollten aus „praktischen Gründen“ parlamentarisieren? Nur der Verrat oder die Kurzsichtigkeit kann es uns zuzunten. . . . weg mit dem Kultus des all- gemeinen und direkten Wahlrechts! Befestigen wir uns nach wir vor energisch an den Wahlen, aber benutzen wir sie bloß als Agitationsmittel. . . . Das allgemeine Stimm- recht erlangt seinen bestimmenden Einfluß auf Staat und Gesell- schaft erst nach Befestigung des Polizei- und Militärstaates.“ Auch wenn Liebknecht nicht, wie es Bebel in seinen Memoiren schildert, auf Grund überlegener Bildung, viel längerer politischer Erfahrung und des ihm eine besondere Glorioso verleihenden intimen Verkehrs mit Marx und Engels während des zwölf Jahre dauernden Aufenhalts in England auf ihn einen „erheblichen Einfluß“ ausgeübt hätte, schon der Umstand, daß der neben ihm hervor- ragendste Parteiführer jenen Standpunkt einnahm, mußte auf Bebel bedeutenden Eindruck machen. In so erkaun- licher ist die Stärke des gesunden politischen Instinktes, der Bebel davor bewahrte, auch nur für einen vorüber- gehenden Moment zu jenen politisch impotenten An- schauungen sich zu bekennen, und an die Stelle kraftvoller, unmitteibar sich betätigender politischer Energie die An- fruchtbarkeit unsicherer Hoffnungen und eines wirkungs- losen Appells an die Gewalt zu setzen. In so erkaunlicher, wie Bebel von dem enthusiastischen Glauben an den Sozial- ismus und die durch ihn herbeizuführende Weltwende viel tiefer durchdringt war als der verstandesmäßiger geartete Liebknecht. Aber gerade die Vereinnahmung von idealistischem Schwung und realistischer Besonnenheit hat es bewirkt, daß kein anderer Führer der Sozialdemokratie in Deutsch-

land eine solche Herrschaft über die Massen besah und äh- nliche Erfolge erzielte wie Bebel. Der Bemerkung bedarf es nicht, daß Liebknecht seine Intransigenz nicht dauernd auspredigt erhielt; aber immerhin verstrich ihm fast 20 Jahre, bis er in dem vom 15. November 1888 datierten Vorworte zu der „neuen unveränderten Auflage“ der erwähnten Rede sie ausdrücklich desavouierte.

Bebel handelte vom ersten Tage seines Eintritts ins Parlament immer konsequent nach der Maxime, die er später im Momente des höchsten Triumphes seines Lebens — unmitteibar nach dem Falle des Sozialistengesetzes — auf dem Parteitag in Halle ausgesprochen hat. Dort sagte er: „Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie tätig sind und sie nicht nur auf die Zu- kunft des sozialistischen Staates verweisen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird.“

An der sozialpolitischen Tätigkeit des Reichstags zugunsten des Arbeiterchutzes und den zwischen den Jahren 1877 bis 1891 liegenden, hierher gehörigen Maßnahmen der Regierung wirkte Bebel unausgesetzt mit: durch in der Hauptsache von ihm verfaßte Gesetzesentwürfe und Anträge, Arbeit im Plenum und in den Kommissionen des Reichs- tags, daneben auch mit schriftstellerischen Arbeiten, z. B. durch seine die Resultate der Enquete behandelnde Broschüre über die Sonntagsarbeit. Wenn auch diese Bemühungen über fruchtbare Anregungen nicht hinausgekommen und ihr Ziel nicht erreichten, so hat Bebel doch in dieser Periode einzelne positive Erfolge gesetzgeberischer Art durchzuführen vermocht. Sie knüpfen sich an seine verdienstvolle Unter- suchung über die Zustände in den Bäckereien. Bebel verband mit warmherziger Teilnahme für die Lage der arbeitenden Klasse und insbesondere ihre an

Nach der bereits vorgekommenen Ausnahme solcher in eine christlich-katholische Gewerkschaft wie ein Schwein in ein Judenhaus passender Elemente kann es aber hier keine Ausnahme geben. Vor elflichen Wochen hat man nämlich in Essen einer Person die bündlerische Alkoholdose erteilt, die durchaus kein im Verborgenen blühendes Weilchen war, sondern als Syndikalist bzw. schon mehr Anarchist und in religiöser Beziehung als Atheist einen gewissen Namen hatte. Auch daran hat man keinerlei Anstoß genommen. Wir entinnen uns auch, bei einem Renkontre mit dem früheren „Typ.“-Redakteur Hoffäh in Braunschweig (1908) diesem eine die Aufnahme-fähigkeit im Gutenbergbunde betreffende Frage vorgelegt zu haben, die zwar nicht diese alleräußersten Möglichkeiten in Betracht zog, aber doch eine gewisse Ähnlichkeit mit der gottvollen Salebschen Befragung aufweist. Damals antwortete Hoffäh nach kurzem Besinnen mit Ja, worauf ihm von uns prompt erwidert wurde, dann glaube er ja selbst nicht, was er schreibe. Hierauf seinerseits Schweigen.

Es liegt also System in der Täuschung der Öffentlichkeit mit den christlich-nationalen Grundsätzen und der christlichen Weltanschauung! Wenn ein Beitrag zum Gutenbergbund in Frage kommt, dann hat man gar keinen Standpunkt, dann ist jeder recht, wie es ja nicht einmal nur passiert ist, daß unter den schimpflichsten Umständen aus dem Verband entfernte Individuen, die von Rechts wegen dem Strafrichter hätten überantwortet werden müssen, offene Arme beim Gutenbergbunde fanden. Was sich dort mit der Zeit ansammelt, das haben jene zwei Bündler in Görlik dokumentiert, die eine in jedem Betracht die Religion profanierende Karte an einen Verbandsfunktionär sandten und als „Zwei Brüder in Christo“ unterzeichneten.

Das bis zum Erbreehen in den bündlerischen Broschüren, Waschzetteln und im „Typ.“ zu vernehmende Geschwafel über den „sozialdemokratischen Verband“ oder die „sozialdemokratischen Verbändler“ ist also Sumbug. Denn wenn der Bund nur könnte, er würde mit der größten Freude diese offiziell so geschmähten und heimlich nicht minder geliebten gebändlerischen Sozialdemokraten samt und sonders in seine Reihen aufnehmen.

Wie muß das brave Zentrumsorgan in Hechingen (siehe den Artikel „Eine Lektion für den Tugendbund“ in Nr. 107) nun bangen, nach diesen Enthüllungen in seinen sozialdemokratenreinen Kunsttempel vom Gutenbergbund ein noch schlimmeres Gewächs hineinanzieht zu bekommen! Die Zentrumsorgane, die für den Bund stark Partei nehmen und von Trefferf sich auf seiner süd- und westdeutschen Vortragstour so fürchterlich einseifen lassen mit dem „sozialdemokratischen Verband“, werden nicht schlecht erstaunt sein von den in Wirklichkeit

bestehenden Grundsätzen der Grundlosigkeit im Bunde, wie sie Herr Salebsky so schön preisgegeben hat.

Die Sandoll allerdings vielvermögender rheinisch-westfälischer Prinzipale, die als die eigentlichen Gutenbergbundsfüßen nur in Frage kommen, werden mit einem begreiflichen Freudegefühl im speziellen vernehmen, daß ein guter Katholik für den Bund nicht mehr gilt als ein erklärter Atheist. Sie werden nun keine Gewähr mehr haben, daß nicht allein, wie es in einem der letzten bündlerischen Waschzetteln wieder hieß, der Verband „sozialdemokratisch durchsucht“ ist, sondern durch den Mitgliederfang um jeden Preis die Möglichkeit besteht, den Bund sozialdemokratisch noch durchsuchter zu sehen. Die von Trefferf auf seiner großen Tour jetzt so stark umworbenen Präsidien der katholischen Gesellen- und Arbeitervereine werden nun große Augen machen über diese christlich-nationale Gewerkschaft.

Das „christliche Empfinden“, das man jetzt in örtlichen Werbezirkularen besondt, wird gestört, wenn ein Vortrag über die Feuerbestattung (Mitgliedschaft Heilbronn a. N. vor einigen Jahren) oder ein solcher über Darwin (Berliner Verein) gehalten wird, die praktischen Vertreter dieser Anschauungen heißt man aber im Gutenbergbunde willkommen! In M.Gladbach hat Trefferf am 9. September gesagt, eine Stärkung der sozialdemokratischen Gewerkschaften bedeute „eine haus hohe Gefahr für unser Staatswesen, denn die Sozialdemokratie steht unsern heutigen Staatswesen feindlich gegenüber“, und aus denselben Gründen bedauerte er, daß vielfach bei den an die Zentrumsorgane versandten bündlerischen Elaboraten das Wort „sozialdemokratisch“ vor Buchdruckerhand gefrischt werde. Die „haus hohe Gefahr“ beschwört man aber sogar für Zentrumsdruckereien herauf, indem den verlästerten Sozialdemokraten, Syndikalisten und Anarchisten der Gutenbergbund zur Mitgliedschaft bereitwilligst offen steht. Wie mag sich nunmehr der Arbeitgeberverband über seine „stubenreinen“ Spießgesellen freuen, denen er so aufrichtig zugezogen ist, daß sein Organ den Bund gar nicht genug lobhübeln kann. Und die Dresdner Gewerkekammer wird ebenfalls erschauern, daß ihr der sächsischen Regierung so gepriesenes Suwel in Wirklichkeit rößliche Färbung hat. Es wird überhaupt starkes Erschauern geben, daß Bundesführer die christlich-nationale Gesinnung so weitherzig auffassen, daß schlechterdings nur noch von Gesinnungslosigkeit gesprochen werden kann. Der zweite Bundesvorsitzende warf allerdings den „Neutralitätsdusel“ auf der Essener Generalversammlung unwirksam in die Ecke, vielleicht erklärt das die Gefährlichkeit der Sozialdemokraten und Atheisten mit. Wenn sie nur Mitglieder des Bundes werden wollen oder sind, dann ist die Sache ganz anders.

In den letzten Wochen hat der Gutenbergbund Trefferf und zum Teil auch Thranerf in die Lande geschickt zum Mitgliederfang. Von den Bundesvereinen wurde zu gleicher Zeit die neue Broschüre über die gerrohartige Unterstützungsreform verbreitet — in Leipzig über Wochen hinaus stadtdierweise! Das Trefferf von seiner Tour hochbeglückt ist, trotzdem erfreulicherweise Verbandsmitglieder fast nirgends anwesend waren (wir über seine Schwindeleien aber dennoch mehrfach stenographischen Bericht erhielten), versteht sich am Rand. Aber diese „großen“ Versammlungen waren zum Erbarmen traurig besucht, eine der „größten“ von annähernd 100 Personen. Die Stimmung hatte auch ein andres Gepräge, wie im „Typ.“ geschildert. So wurde in einer der „großen“ Trefferf-Versammlungen ulkig konstatiert: Mehr Herrschaften als Buchdrucker! In einer andern, noch „größeren“, war man sich der eignen Rolle noch besser bewußt, denn ein Auspruch lautete: Wir sitzen hier wie die blamierten Europäer! So war alles auch hier Täuschung, nur der Schwindel war echter Trefferfischer. Gefangen wurde nichts! Der „Typ.“ will uns ja Gelegenheit geben, noch mehr zu sagen, warfen wir also mit unserm Mehr noch ein wenig. Dann können wir auch den empfohlenen Terrorismus beleuchten.

Die Täuschung in der Broschüre mit den Leistungen ist nicht minder groß. Die neue Witwen- und Waisenunterstützung, der Clou von Essen, mit der man so viel krebsen geht, ist nichts weiter als die Übernahme der vor dem Bankrotte stehenden Berliner Frauenarbeit- und Witwenunterstützung. Die Einnahmen übersteigen dort einschließlich des verhältnismäßig hohen Zinsbetrages nur um ein kleines noch die Ausgaben. Die Mitglieder draußen im Reiche haben somit nur zu zahlen, daß den Berlinern ihre Anrechte nicht verloren gehen, sie selbst sind die Belämmerten dabei. Die Unterstützungsbeschlüsse von Essen wurden trotz der 25 Pf. Beitragserhöhung — übrigens auch ein Konfens in der gesamten Gewerkschaftsbewegung — dem ehemaligen Verrechnungstechniker Dr. Zillmer, der in der zweiten Hälfte der 80er Jahre unsern Verband ungläubliche Vorrechnungen machte, vielleicht veranlassen, jetzt zum Staatsanwalte zu laufen.

Nach 20 Jahren also Stagnieren trotz übermenschlicher Kraftanstrengung vorwärts zu kommen. Verheißungen verlockendster Art erweisen sich als grobe Täuschung. In puncto Gesinnung ein Götterschauspiel von Gesinnungslosigkeit; im sonstigen Denuanzieren, Intrigen, Ehrabschneiderei und Vertrauensbrüche; engstes Paktieren mit den Scharfmachern; Generalversammlungen nur noch zur Hälfte öffentlich, selbst rein geschäftliche Angelegenheiten hinter verschlossenen Türen — eine Sisyphusarbeit so trauriger Art hat es noch nicht gegeben. Aber wie die angewandten Mittel, so auch der „Erfolg“!

meisten notleidenden Schichten ein lebhaftes Interesse an statistischen Untersuchungen. Daraus ging u. a. die Schrift: „Wie unsere Weber leben“ und die: „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ hervor. Vom methodisch-statistischen Gesichtspunkte hatten beiden Arbeiten notwendigerweise viele Mängel an, da sie weder von einem Sachmannen herührten, noch mit den Mitteln, die derartige Untersuchungen voraussetzen, ausgeführt wurden. Aber die Schrift über die Lage der Bäckereiarbeiter ist nichtsdestoweniger von hohem Werte. Zunächst zeichnet sie sich durch das Streben nach unbedingter Wahrhaftigkeit aus. Die Probe darauf hat sie bestanden. Die Schrift war so etwas wie Entdeckung von Neuland. Von in dichtester Nähe befindlichen und dennoch uns ganz unbekanntem Bezirken brachte sie unerwartete und geradezu schreckenregende Kunde. Sie machte mit Zuständen bekannt, die so traurig waren, daß ihre Schilderung den Eindruck des Unwahrscheinlichen hervorrief. Diese Zustände erregten die Leser nicht nur durch sich selbst. Die Erregung steigerte sich zum Entsetzen, als man aus Bebel's Buch erfuhr, daß das Brot, das jeder von uns täglich verzehrt, unter jeder gesundheitslichen Anforderung geradezu hochsprühenden Verhältnissen hergestellt wird, die nicht nur die in den Bäckereien in endloser Tages- und Nacharbeit beschäftigten Arbeiter verderben und verwüsten, sondern auch die Konsumenten in die Gefahr bringen, von ansteckenden Krankheiten befallen zu werden, weil durch die in unfauberen Backstuben arbeitenden und häufig an widerwärtigen Krankheiten leidenden Gesellen und Lehrlinge Infektionskeime vermittelst des Brotes übertragen werden können. Bebel's Schrift war ein Kampfruf zugunsten der Abstellung von Mißbräuchen und Schäden schlimmster Art, und sie forderte nachdrücklich energische gesetzliche Maßnahmen sowohl zum Schutze der Arbeiter des Gewerbes wie des konsumierenden Publikums. Die

angegriffenen Unternehmer und die Polizeibehörden, die die haarsträubenden Zustände duldeten, verdächtigen Bebel und warfen ihm tendenziöse Schwarzmalerei vor. Als aber der Bebel'schen eine amtliche Untersuchung durch die Kommission für Arbeiterstatistik gefolgt war, zeigte es sich, daß seine Schilderungen hinter der Wirklichkeit noch zurückstanden. Bebel's streng an die Wahrheit sich haltende, vor jeder Übertreibung sorgfältig sich hütende Darstellung erfuhr auf diese Weise eine nicht mehr anzuführende Anerkennung.

Das Verdienst, das Bebel mit der Schrift über die Lage der Arbeiter in den Bäckereien sich erworben hat, erschöpft sich aber nicht in der Schilderung der Zustände und der Forderung, den unerträglichen Verhältnissen auf gefeßlichem Wege zu steuern. Bebel's Buch hat darüber hinaus gewirkt. Wie der Handelsminister von Berlepsch in der Kommissionsberatung der 1891 verabschiedeten Novelle zur Gewerbeordnung erklärt hat, bot es den Anlaß zum Absatz 3 des § 120 e der Gewerbeordnung (jetzt auf Grund der Novelle vom 27. Dezember 1911 mit nicht unbedenklichen Modifikationen: § 120 f). Danach kann der Bundesrat für solche Gewerbe, in denen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter geschädigt wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorschreiben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen verfügen.

Bekanntlich war in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 die gesetzliche Einführung eines Normalarbeits-tages auch für erwachsene Arbeiter durch den folgendenmaßen lautenden Satz in Aussicht gestellt worden: „Diese Prüfung (über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter) hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Befolge der Sittlich-

keit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“ In Stelle der gesetzlichen Ausgestaltung dieses in dem kaiserlichen Erlasse proklamierten und glücklicherweise formulierten Grundsatzes bot die Novelle von 1890/91 nichts weiter als einen vom Beschlusse des Bundesrats abhängigen Weg, mit Hilfe von Verordnungen den sogenannten sanitären Maximalarbeits-tag von Fall zu Fall im einzelnen — der Zahl nach nicht begrenzten — Gewerben einzuführen.

Wenn Bebel ein Verdienst an dieser Bestimmung zukommt, die bei richtiger und umfassender Anwendung noch viel erheblichere Bedeutung gewinnen könnte, so haben er und seine Schrift über die Lage der Arbeiter in den Bäckereien das weitere, die erste auf Grund des § 120 e vom Bundesrate gegebene Verordnung verurteilt zu haben.

Am 4. März 1896 wurden von Bundesrate die Vorschriften über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien erlassen, deren wesentliche Bestimmungen sind, daß die Maximaldauer der Arbeitszeit der Gehilfen auf zwölf Stunden, und wenn die Arbeit durch eine Pause von mindestens einer Stunde unterbrochen wird, einschließlich dieser Pause auf dreizehn Stunden, die der Lehrlinge im ersten Lehrjahr auf zehn bzw. elf, im zweiten Lehrjahr auf elf bzw. zwölf Stunden, und die Maximalzahl der Arbeitsschichten in der Woche für Gehilfen und Lehrlinge auf sieben festgesetzt wird. So wenig befriedigend diese weitgezogenen Grenzen, die durch Ausnahmen noch verwickelt werden können, auch sind, gegenüber den in den Bäckereien und Konditoreien herrschenden tatsächlichen Zuständen war die Verordnung ein zu begründender Fortschritt. Bebel's Bemühungen entschieden diesen Erfolg, und seiner unerschütterlichen bei aller Unbegrenztheit seiner Ziele stets doch zugleich auf das Erreichbare gerichteten sozialpolitischen Arbeit ist er zu danken.

Bündlerische Verdächtigungen und Verleumdungen

In der Nr. 36 des „Typograph“ ist unter dem Titel „Ein folgenschweres Kind“ ein Artikel enthalten, der sich u. a. auch mit der Statistik im Reichsdruckereibetriebe des Gaus Rheinland-Westfalen beschäftigt. Die statistischen Ermittlungen glaubt der Artikelschreiber zum Anlaß nehmen zu können, den Verband zu verdächtigen, als ob er Mitglieder in tariffreien Druckereien arbeiten lasse; es werden 17 Verbandsmitglieder angegeben, die in derartigen Betrieben arbeiten sollen. Wie verfährt es sich nun damit in Wirklichkeit? Dem „christlichen“ Wahrheitsheiden wollen wir nachstehend die gewünschte Aufklärung geben, ohne freilich erwarten zu können, daß die Verleumdungen und Verdächtigungen in dem „christlichen“ Organe zurückgenommen werden.

Wier der bezüglichen Verbandsmitglieder stehen mit Zustimmung der tariflichen Instanzen bei der Firma Krupp in Essen und haben dort in einer bis zu 30 Jahren heranziehenden Tätigkeit durch ihre Beiträge zu den Pensionskassen weitgehende Rechte erworben, die die Tarifinstanzen gewürdigt und aus diesem Grunde die weitere Tätigkeit gestattet haben, nachdem alle Bemühungen, den Tarif zur Anerkennung zu bringen, gescheitert sind.

Sechs Kollegen stehen mit Genehmigung der in Betracht kommenden Instanzen seit Jahren in Hoffmanns Stärkefabriken (Hausdruckerei) in Salzgallen und werden daselbst bei 52stündiger wöchentlicher Arbeitszeit über Minimum entlohnt.

In der städtischen Druckerei in Düsseldorf sind mit Kenntnis und Zustimmung der dafür maßgebenden Instanzen vier Mitglieder bei wöchentlich 52stündiger Arbeitszeit zu tariflichen Bedingungen beschäftigt, bis die bei Aufnahme der Statistik eingeleiteten Schritte zur Anerkennung des Tarifs ihre Erledigung gefunden.

Sodann steht seit Jahren in der Hausdruckerei der Firma Gebr. Klingenberg in Detmold ein Mitglied bei 51stündiger Arbeitszeit und Entlohnung über Minimum. Bei der Firma Harmann in Meschede waren Anfang dieses Jahres Schritte zur Einführung des Tarifs unternommen und war dem sich zum Verbands meldenden Kollegen aufgegeben worden, bei Verweigerung der schriftlichen Anerkennung seine Kündigung einzureichen, dem auch entsprochen wurde. Bei den Firmen Ledner & Haan in Krefeld, Gerh. Heymanns in Rheindorf-Milford und der Hausdruckerei der Margarinefabrik Jürgens & Brinjens in Bochum waren bei Aufnahme der Statistik beschäftigt, denen beim Eintritt ausdrücklich die Zustimmung der Anerkennung des Tarifs gegeben war, welchem auch entsprochen worden ist.

So sehen die angeblich tarifuntreuen Verbandsmitglieder aus, die dazu dienen müssen, den Verband zu verdächtigen und zu verleumden! Da nun der „christliche“ Artikelschreiber wohl nach dem Bibelworte handelte, den Spittler in des Nächsten Auge zu entdecken, den Balken im eignen Auge aber unbeachtet zu lassen, sei ihm das weitere Studium der Statistik empfohlen, soweit es die Mitglieder des Gutenbergbundes angeht. Hier wird er finden, daß bei der nicht im Tarifverzeichnis enthaltenen Firma B. Steins in Siegen vier Mitglieder des Gutenbergbundes (der ganze Ortsverein!) beschäftigt sind. Da von dieser Seite Schritte zur Anerkennung des Tarifs nicht unternommen werden, ist dies in neuerer Zeit wieder von unserer Seite geschehen. Weiter stehen laut der Statistik Mitglieder des Gutenbergbundes in den tarifuntreuen Betrieben von R. Stolte in Sagen, Witwe Rixius in Boppard, J. Jakob (Mittelrhein), während in einer ganzen Anzahl von Betrieben, die den Tarif anerkennen, Bündler zu tarifwidrigen Bedingungen beschäftigt sind. So arbeiten u. a. laut Statistik bei der Firma Siewert in Düren die tariffreien Bündler wöchentlich 60 Stunden; bei Baumann in Lippstadt drei Bündler 54 Stunden; die gleiche Arbeitszeit ist bei fünf Bündlern der Firma Hesse in Godesberg verzeichnet.

Wenn weiter der Artikelschreiber darauf verweist, daß für 170 Verbandsmitglieder keine Angaben bezüglich ihrer Einhaltung des Tarifs gemacht sind und daraus die Schlussfolgerung zieht, daß der Verband alle Veranlassung habe, in seinen eignen Reihen zu arbeiten, damit überall tarifliche Verhältnisse Platz greifen, so ist diese Mahnung an uns recht überflüssig, da seitens des Verbandes jederzeit alles getan worden ist, was auf tariflichem Gebiete notwendig war, wobei allerdings der Verband oft eine recht eigenartige „Unterstützung“ durch Mitglieder des Gutenbergbundes konstatieren konnte. Auffälligerweise hat aber der Artikelschreiber in der Statistik „übersehen“, daß gleichfalls eine große Anzahl Bündler aufgeführt ist, wo die geringsten Angaben bezüglich der strikten Einhaltung des Tarifs fehlen und hier Betriebe in Betracht kommen, wo die Bündler dominieren.

Mit dem Artikel hat der Artikelschreiber dem „christlichen“ Gutenbergbund einen recht schlechten Dienst erwiesen, uns aber Gelegenheit gegeben, an einigen recht krassen Fällen die „Tarifreue“ der Bündler zu kennzeichnen. Hat denn die Leitung des Gutenbergbundes auch keine Kenntnis davon, daß seit März d. J. bei der tariffreien Firma C. S. Bessler in Kamen gleichfalls ein Bündler tätig ist, der zwar nicht für die Anerkennung des Tarifs, wohl aber für den Gutenbergbund recht eifrig agitiert?

Davon, daß im vorigen Jahre der Bündler Fr. Karg in der Zeit vom 5. bis zum 24. August in der tariffreien Druckerei von Kerckhoffs in Köln tätig war, ist wohl der Bundesleitung auch nichts bekannt! Wenn der Gutenbergbund über geringere Arbeitslosigkeit berichten kann, so dürfte das in erster Linie neben der bekannten Protektion

darauf zurückzuführen sein, daß eben in jeder Druckerei (ob tariffrei oder tariffrei) Stellung angenommen und dadurch die Bundeskasse entlastet wird. Bei passender Gelegenheit werden sie dann aus diesen Betrieben herausgeholt und in die Bündlerdomänen hineingehoben. Die gleiche Praxis verfolgte der Bündler Franke in Köln, der trotz Verwarnung des Arbeitsnachweisers in einen tariffreien Betrieb eintrat und dann seine Wiederaufnahme in die Riste der Arbeitslosen verlangte und bei dessen Ablehnung dann die dem „christlichen“ Gutenbergbunde nahestehenden Blätter über Terrorismus zeterien.

Wie man im Gutenbergbund unzureichende Mitglieder ablenkt, hat der Gull Schlosser in Sagen bewiesen. S. hat laut Schiedsgerichtsurteil als tariffreier Gehilfe der Firma Ambrock nachts in der tariffreien Druckerei Stelle gearbeitet, obwohl dort die Verbandsmitglieder wegen angeblichen Arbeitsmangels in Kündigung standen. Später nahm der tariffreie Bündler S. die Stellung bei der Firma Stolte an und verließ auch in dieser Stellung, als die Firma schließlich aus der Tarifgemeinschaft entfernt wurde. Länger als ein halbes Jahr gehörte S. noch dem Gutenbergbund an und schließlich wurde nach wiederholten Ablehnungen durch den Gutenbergbund zugegeben, daß S. bis zum 20. Oktober 1912 Mitglied gewesen, obwohl er vorher in tarifuntreuer Offizin tätig, die am Schiedsgericht festgestellte Nacharbeit bei der Firma Stolte geleistet, und später bei der aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossenen Druckerei sich weiterhin als Mitglied des Gutenbergbundes betätigt hatte. Dies ist auch ein Beitrag zur „Tarifreue“ der Gutenbergbündler!

Was nun den im Artikel erwähnten Fall Jung (Köln) anbelangt, der angeblich wegen seiner Zugehörigkeit zum Gutenbergbund vor Jahren bei einer Kölner Firma entlassen worden sein soll, so genügt wohl der Hinweis, daß wenn der Fall sich so abgespielt, wie der Artikelschreiber ihn geschildert, der Gutenbergbund sich dieses „Bombenmaterial“ nicht hätte entgehen lassen. Dann hätte man dieses Material aber auch den Prinzipalen zugänglich gemacht, die man doch sonst immer mit Material zu versehen weiß, womit diese allerdings wohl schon recht unangenehme Erfahrungen gemacht haben, da es der Prüfung nicht standhielt. Eine Anfrage aber an den Artikelschreiber: Ist denn der Bündler Jung auch in der „Kölnischen Volkszeitung“, die doch so warm für den Gutenbergbund eintritt, wegen seiner Zugehörigkeit zum Gutenbergbund entlassen worden oder waren für die Entlassung andre Gründe maßgebend? Wenn diese für J. jedenfalls unangenehme Frage aufgeworfen wird, so mag er sich bei dem Artikelschreiber bedanken.

Daß in Rheinland-Westfalen der Gutenbergbund nicht die geringste Veranlassung hat, über Benachteiligung zu zeteren, daß dies in zahlreichen Fällen wohl aber gegenüber Verbandsmitgliedern zu konstatieren ist, darüber liegen genügend Beweise vor. Wenn der Bund in diesem oder jenem Orte Zuwachs zu verzeichnen hat, so ist dies nicht seiner Werbestärke, sondern in vielen Fällen Gründern der Protomoral zu verdanken. In wie vielen Fällen wurde schon Verbandsmitgliedern die Eringung einer besseren Stellung unmöglich gemacht, weil sie als ehrliche Kollegen ihre Mitgliedschaft nicht verkaufen und es ablehnten, dem Prinzipale gefällig zu sein, der die Vergütung der besseren Stellung von dem Beitrage zum Gutenbergbund abhängig machte. Die zahlreichen freiwilligen und unfreiwilligen Agitatoren des Gutenbergbundes machen so manchem unfruchtbar Kollegen das Leben geradezu unerträglich, weil es abgelehnt wird, solchen Lockungen zu folgen.

Mit welcher Driftigkeit die Bündler in den Betrieben auftreten, wo die christlichen Gewerkschaften Einfluß haben, dafür nur ein Beispiel: In einer Zentrumsdruckerei bestrafte es der Vertrauensmann des Gutenbergbundes als seine Aufgabe, jedem neuereintretenden Kollegen zu erklären, daß wenn er dem Gutenbergbund beitrifft, er auf dauernde Stellung rechnen könne. Derartige Driftigkeiten erlauben sich die Herren ja in dem Bewußtsein, daß der Prinzipal die Verschärfung ganz gern sieht und dadurch gleichzeitigen „christlichen“ Ausfragen eine Gefälligkeit erwiesen wird. — Daß wiederholt Verbandsmitglieder unter nichtigen Gründen bei Bahnanlagen in derartigen Betrieben zurückgewiesen und ausschließlich die durch Bündler oder deren Hintermänner vermittelten Mitglieder des Gutenbergbundes zur Einstellung gelangten, dafür liegen gleichfalls genügend Beweismaterialien vor.

Daß selbstverständlich in der Agitation für den Gutenbergbund die Gefflichkeit nicht fehlt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden und sind Aussprüche von Gefflichkeit bei der Agitation unter Verbandsmitgliedern für den Gutenbergbund kennzeichnend, dahingehend, daß der Gutenbergbund noch eine Zukunft habe, da Kräfte am Werke seien, die dafür sorgen würden, daß der Bund hochkomme. Aus eigener Kraft ist der Zuwachs nicht errungen, sondern es sind vielfach recht unlaute Mittel in Anwendung gebracht, um diesen oder jenen Kollegen zum Austritt aus dem Verband und zum Eintritt in den Gutenbergbund zu veranlassen. Im Frieden mit seinen Angehörigen zu haben, hat dieser oder jener schließlich dem Drängen nachgegeben und seine Verbandsmitgliedschaft geopfert, während in zahlreichen andern Fällen allerdings die Kollegen die durchaus richtige Konsequenz gezogen und ihr Verhältnis zu Kreisen gelöst haben, die sie ihres wirtschaftlichen Rückfalls, den sie im Verbands der Deutschen Buchdrucker haben, berauben wollten.

Köln. * * * Emil Albrecht.

Wer verleumdet und verdächtigt, begeht ein Verbrechen das in seinen Wirkungen verhängnisvoller sein kann als ein Einbruch oder Raub, die das geltende Gesetz mit schweren Strafen ahndet.

Meistens geht leider der Demunziant, obgleich ihm die Zustimmung der Älterchaft folgt, unangefasst weiter, da der Beweis schlecht zu erbringen ist, und sucht sich neue Opfer.

Wie aber das Un glaublichste an den Haaren herangezogen wird, sein Vorhaben zu erreichen, vor allen Dingen aber für sich etwas herauszuschlagen, beweist folgender Fall. In einer Zentrumsdruckerei einer Stadt am Bodensee wurde mir zwei Tage nach einem Ausfluge des Ortsvereins vom Geschäftsführer zu verstehen gegeben, daß ich mich wegen Arbeitsmangels nach einer andern Stelle umsehen könnte, trotzdem Arbeit genug vorhanden und Neueinstellungen stattgefunden hatten. Da auch wegen Leistungen, Pünktlichkeit usw. nicht das geringste vorgekommen, blieb mir der Grund der Kündigung ein Rätsel, welches aber bald gelöst werden sollte.

Von einem Dritten erfuh ich ein Gespräch eines „Kollegen“ mit dem Geschäftsführer über meine Person. Der „Kollege“, ein überaus christlicher Mann, in den christlichen Vereinen eine große Rolle spielend, erzählte dem Geschäftsführer tags vorher: Während des Ausfluges hätte ich über die Gefflichkeit geschimpft und die Religion ins Lächerliche gezogen. Nummehr wußte ich meinen Entlassungsgrund!

Aber nicht im Traume war mir eine Bemerkung über die Gefflichkeit oder die Religion zu machen eingefallen. Alles war aus der Luft gegriffene gemeine Verdächtigung! Trotzdem dieser „Kollege“ in kurzer Zeit vom Geschäft als Faktor proklamiert werden sollte, brach ihm dieser Fall den Hals. Er mußte das Feld noch vor mir räumen, da ich einwandfrei feststellen konnte, daß der Herr „Kollege“ den Geschäftsführer gemeingefährlich angelogen hatte, wie er bei den Gehilfen die Gefflichkeitsleistung in der gleichen abschreckenden Weise verdächtigte.

Natürlich war dieser Herr am längsten Verbandsmitglied gewesen, wurde aber — vom Gutenbergbunde mit offenen Armen empfangen! Dort ist für keine „christlichen“ Gepflogenheiten auch ein geeigneteres Feld.

Bielefeld. * * * O. K.

In Nr. 28 des „Typ.“ ist mit boshaftem Behagen behauptet worden, daß ich als Verbandsmitglied in der hiesigen Dilmannschen Druckerei nur mit Lehrlingen, und zwar gleich mit vier Stück, arbeite. Dies beruht auf völliger Unwahrheit. Wahr ist, daß in der Druckerei tätig sind: Der Prinzipal (Maschinenmeister) ständig, ich als Seher, ein junger Schweizerdegen (den der „zuverlässige“ Gewährsmann des „Typ.“ wohl als Lehrling angesehen hat), ein Seher und ein Druckereilehrling; Gauvorsteher Fiedler hat also keinen Grund zum Einschreiten, zumal die Entlohnung und die Arbeitszeit dem Tarif entsprechen. Ein dritter Lehrling ist freilich noch vorhanden, aber nur für den Buchhandel; es ist der Nefte des Prinzipals, er hat mit der Druckerei nichts zu schaffen. Dann ist noch gesagt, daß die unter mir ausgeleiteten Lehrlinge nach Düsseldorf zöhen. Das ist eine bewährte und kräftige Lüge des betreffenden Artikelschreibers. Seit Bestehen der Druckerei (1902) sind bei uns im ganzen drei Lehrlinge ausgebildet worden. Der beste Beweis dafür, daß die Lehrlingszucht in unfruchtbarer Druckerei nicht Mode ist. Überstunden kommen das ganze Jahr keine 15 auf. Der uns weiter gemachte Vorwurf der „Schmutzkonkurrenz“ ist eine völlig verlogene, leichtfertige Behauptung; im Gegenteil, wir haben unter Schmutzkonkurrenz zu leiden. Es stehen sich da recht „erbauliche“ Dinge ereignen.

Daß nachdem mir der Artikel im „Typ.“ bekannt geworden, ersuchte ich in höflicher Form die Redaktion, eine wahrheitsgemäße Berichtigung aufzunehmen — ich warte noch heute auf deren Veröffentlichung. Eine zweite, von Seiten des Prinzipals eingeschickte gesandte Berichtigung erfuhr dasselbe Schicksal. Ich meine, wenn die Bündler so christlich und gerecht sein wollen, wie sie sich nach außen gebärden, dann müssen sie auch so viel Gefflichkeitsgefühl besitzen und ehrlich genug sein, eine zu Unrecht erfolgte ehrenränkende Behauptung richtigzustellen, auch wenn es einen Angehörigen des bösen, bösen Verbandes betrifft.

Münsterberg i. Schl. * * * J. Pilschke.

Korrespondenzen

Berlin. Am 1. Oktober befehlt der Schriftföher Ferdinand Lauchert aus Luchel sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Zu Ehren des Jubilars veranstalten die Kollegen der L. Schumacher'schen Buchdruckerei am Sonntag, 5. Oktober, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei von Gabriel & Zöger, Zehender Straße 10, einen Sommers. Freunde des Jubilars, welche an dieser kollegialen Feier teilnehmen möchten, wollen sich an Kollegen Abraham, Neuköln, Donaustraße 25, wenden.

L. Bielefeld. (Maschinenseherbezirksverein.) In der am 14. September hier stattgefundenen Quartalsversammlung gab Vorsitzender Löschner unter „Vereinsmitteilungen“ u. a. den Eingang zweier Zirkulare der Zentralkommission bekannt. Sodann teilte er mit, daß die Demolder Spartenkollegen sich dem Bezirksverein angeschlossen hätten. Der vom Kollegen Böhenkamp erstattete Kassenbericht pro zweites Quartal 1913 fand Genehmigung. Hiernach brachte der Vorsitzende das vom Kollegen Braun (Berlin) gehaltene Referat: „Strömungen und Gegenströmungen“, zu Gehör. Mit dem vorstehenden Inhalte des Vortrags erklärten sich die Versammelten einverstanden. Die Artikel „Machen der Schmalzmaschine und der Maschinenseher“ und „Eine wichtige Frage“ in der (Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

„Zeitschrift“ riefen teils Enttäuschung, teils Heiterkeit hervor. Während der erste Artikel mit seinen unwahren Behauptungen, beweislosen Verdächtigungen und den Tassachen hochsprichenden Inhalte zweifelhaft, aber ungewollt verriet, was damit bezweckt wird, ist der zweite Artikel nur von der humoristischen Seite zu nehmen. Die Redaktion der „Zeitschrift“, welche derartigen Gehärdlichkeiten ohne Kommentar Aufnahme gewähre, mache sich dadurch zum Mitschuldigen und müsse für die Folgen verantwortlich gemacht werden. Jeder wirkliche Fachmann wisse, daß es in der Praxis anders aussehe, dies sei auch aus Prinzipalschreibern zugegeben worden. Ein Kollege wurde aufgenommen. Nach Erledigung einiger technischer Fragen schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Frankfurt a. M. (Maschinenfieber.) Im den in Dillenburg, Herborn, Fulda, Gießen, Hersfeld und Marburg konstituierenden Maschinenfieberkollegen Gelegenheit zu geben, an einer größeren Maschinenfieberversammlung teilzunehmen und hier ihre Erfahrungen auszutauschen, wurde auf der Generalversammlung des Gauvereins beschlossen, etwa in der Mitte des Jahres die Maschinenfieber dieser Städte zu einer Versammlung einzuladen. Die erste derartige Versammlung fand nun am 7. September in Gießen statt und war von den in Betracht kommenden Kollegen sehr zahlreich besucht. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden der Gauvereinigung, Kollegen Steinmann (Frankfurt a. M.), eröffnet; unter den Anwesenden begrüßte er besonders die Mitglieder des Gießener Bezirksvorstandes. Im Namen desselben begrüßte Kollege Ziegler die Erschienenen und bedauerte, daß so wenig Handfieber auswendig seien; angesichts verschiedener Vorgänge in unserm Gewerbe in den letzten Jahren sei zu wünschen, daß die Handfieber den Maschinenfieberfragen mehr Beachtung schenken. Der Vorsitzende gab die Aufnahme einer Statistik bekannt und bat die Kollegen, die Fragebogen gewissenhaft auszufüllen. Hierauf nahm Kollege Steinmann das Wort zu dem Referate: „Die allgemeine Lage und die Maschinenfieber“, und behandelte in interessanten Ausführungen alle die Vorkommnisse, bei denen die Schramm- oder in unserm Gewerbe die Tätigkeits- und das Ansehen der Maschinenfieber herunterzusehen lachten. Zu dem Geschrei und Gezeter einiger Prinzipale über angeblichen „Mangel an Maschinenfiebern“ verwies der Redner u. a. auf Frankfurt a. M., wo jetzt Wochen-fünf-konstitutionslose Maschinenfieber seien. Sogar ein Kollege mit zwölfjähriger Praxis mußte, um Stellung zu bekommen, wochenlang in ferieren. Bei verschiedenen Engagementsverhandlungen stellte es sich dann heraus, daß alle Prinzipale eine allereerste Kraft verlangten, aber nur das Minimum oder wenig mehr bezahlden wollten. Auch hier könne man mit gutem Gewissen von einem Rückgange der Leistungen auf jener Seite sprechen; zugleich bewies er, daß die Klage vom Mangel an seltigen Maschinenfiebern in das Reich der Fabel gehöre. Mit der Aufforderung, unsere Kollegen zu größerem Selbstbewußtsein und Solidarität zu erziehen und mehr Aufklärung in Handfieberkreisen zu schaffen, schloß der Vortragende seine Ausführungen, die in der reichlich gegangenen Diskussion volle Anerkennung fanden. Infolge der fortgeschrittenen Zeit konnte das Technische nur noch kurz behandelt werden, worauf die Versammlung, deren Verlauf die auf sie gesetzten Hoffnungen voll erfüllte, geschlossen wurde.

R. Gießen. Inre Mitgliederversammlung am 13. September beschäftigte sich u. a. auch mit dem Falle Kaufmann. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, welche das Vorgehen Kaufmanns auf das entschuldigend verurteilt und darauf hinweist, daß gerade die Buchdrucker es sind, welche im Konsumvereinswesen an erster Stelle stehen. Solche Manipulationen eines Organisations von Arbeiterunternehmungen hätten wir nicht erwartet. Die Sache Kaufmann soll auch in der hiesigen Konsumvereinsgeneralversammlung angeschnitten werden, um die andern Gewerkschaftsmitglieder aufzuklären.

Rundschau. Am 6. September fand unsere Quartalsversammlung statt. Nach Erledigung eines Aufnahmegeluches erstattete Kassierer Weindl Bericht über die Kasse, für deren vorzügliche Führung Vorsitzender Koller den Dank der Versammlung zum Ausdruck brachte. Die Wahl eines Gewerkschaftsdelegierten stand als Punkt 3 auf der Tagesordnung. Zu einer Wahl sollte es aber nicht kommen, da eben keiner der Anwesenden das Bedürfnis fühlte, für seine Mitarbeit im Kartell als Lohn allerlei Schikanen, ungerechtfertigte Angriffe und sogar Beleidigungen, dem Delegierten gegenüber sowohl wie den Buchdruckern überhaupt, einzustechen. Kollege Dangel, der bisherige Delegierte, begründete mit diesen Tassachen seinen Rücktritt. Nachdem in dieser Angelegenheit noch einige Kollegen das Wort ergriffen hatten, beschloß die Versammlung, die Delegation von der Antwort auf ein begütliches Schreiben an das Gewerkschaftskartell abhängig zu machen. Nach Erledigung dieser Angelegenheit machte Kollege Dangel die Anwesenenden mit den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, soweit diese für unsre am 1. Januar 1914 zu erichtende Ortskrankenkasse in Betracht kommen, bekannt. Er empfahl die Liste der freien Gewerkschaften und wies auf die Notwendigkeit der Erfüllung der Wahlpflicht hin,

um der empfohlenen Liste die Mehrheit in Auschuß und Vorstand zu sichern. Als Vertreter der „Volksfürsorge“ erläuterte er dann die Vorteile, die dieses Institut dem Versicherungsnehmer biete. Der Vorsitzende verlas hierauf ein Zirkular des Gauvorstandes, das die Ausführungen des Kollegen Dangel noch unterstrich, und gab weiter eine Gegenüberstellung der Leistungen des Verbandes und des Gubenbergbundes, die jeden Kommentator erübrigte.

Leipzig. Nach einigen erläuternden Worten des Gauvorstehers Engelbrecht zu den bevorstehenden Wahlen der Arbeitervereiner zur Ortskrankenkasse nahm die Gau-mitgliederversammlung am 12. September die Aufstellung der Kandidaten zu der genannten Körperschaft vor. Hierauf hielt Ingenieur Wolf (Berlin) einen zweifundigen, äußerst interessanten und lehrreichen Vortrag über das Thema: „Massen und Führer“. In packender und anschaulicher Weise verstand Redner den Vortrag auszugestalten. Mit Recht äußerten verschiedene Diskussionsredner, es sei bedauerlich, daß diese Ausführungen nicht vor einer größeren Zahl Hörer gemacht werden könnten. Wie anregend der Vortrag gewirkt, bewies die stattliche Zahl der Diskussionsredner, die sich fast ausnahmslos anerkennend über das Gehörte auszusprechen und im Anschluß an den Vortrag eine bessere Schulung der Vertrauensleute wünschten oder sonstige nützliche Anregungen bezüglich der gewerkschaftlichen Erziehungs- und Bildungsarbeit gaben.

Nördlingen. Die C. S. Bedische Verlagsbuchhandlung (Oskar Bedi) in München und die C. S. Bedische Buchdruckerei in Nördlingen konnten am 9. September ihr 150jähriges Bestehen feiern. Aus diesem Anlasse fand am genannten Tag im festlich gekmähten neuen Seheraal ein Festakt statt. Ein aus Kollegen und Mitarbeitern des Betriebes gebildeter Sängerkhorz eröffnete die Feier mit Beethoven's „Die Himmel rühmen den Ewigen Ehre“. Herr Geheimer Kommerzienrat Oskar Bedi gab hierauf in längeren Ausführungen einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Geschäftes. Am Schlusse teilte er mit, daß er eine Jubiläumstiftung im Betrage von 10000 Mk. für die bereits bestehende Kranken- und Invalidenkasse gemacht habe. Bei den nun folgenden Gratulationen übermittelte Kollege Schurrer auch einen Glückwunsch des Gauvorstandes. Mozarts „D Schützgeß alles Schönen“ schloß den Festakt. Zu dem nun im Saale des „Deutschen Hauses“ folgenden Mittagsmahle war das gesamte Personal geladen. Im Begriffe desselben wurde das Geschenk des Personals, ein Stigmäde, eine Partie der Stadtmauer mit dem Reimlinger Tor darzustellen, übergeben. Am Abend fand sich das Personal mit Angehörigen im gleichen Lokale zu einem Familienabend ein, der, durch ein vom Kollegen Erdlen verfaßtes Festspiel, Gelangs- und humoristische Vorträge und Ball verziert, einen gelungenen Verlauf nahm.

Waldenburg i. Schlef. Die Ortsvereinsversammlung vom 6. September war von 23 Mitgliedern besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Bebel, dessen Verdienste um die freien Gewerkschaften besonders hervorhebend. Die Versammlung ehrte sein Andenken in üblicher Weise. Der Bezirkskassierer erstattete den Kassenbericht der Bezirks- und Gaukasse für das zweite Quartal. Die Bibliothekskunden finden von jetzt an alle 14 Tage Mittwochsabends von 7 $\frac{1}{2}$ bis 8 $\frac{1}{2}$ Uhr statt. Die Auszahlung der Unterstützungs- und Krankengelder erfolgt in Zukunft Sonnabendnachmittags von 4 $\frac{1}{2}$ bis 5 Uhr im Bibliothekszimmer. Die Kollegen wurden auf die bevorstehenden Krankenkassenwahlen aufmerksam gemacht.

Waldenburg. Der Waldenburger Bezirksverein der Maschinenfieber hielt am 7. September seine Versammlung in Altwasser ab. Sie war von den Kollegen aus Galzbrunn, Gotesberg, Waldenburg, Neurobe, Schweidnitz und Altwasser auf besucht. Nach Erledigung der Eingänge und andern wurde zur Vorstandswahl geschritten, wobei die Kollegen F. Igner als Vorsitzender und S. Romane als Kassierer gewählt wurden. — Alsdann wurde die Beschließung der Monoline in der Druckerei des „Schleifischen Gebirgskurier“ vorgenommen, welche die Firma in lebenswähliger Weise gestattete. Inre nächste Versammlung findet am Zubtag in Gotesberg statt.

o o o o o o Rundschau o o o o o o

Meisterprüfungen. Die Meisterprüfung legten vor der jeweils zuständigen Handwerkskammer folgende Kollegen ab: In Leipzig Robert Giffel; in Saalfeld Max Jelske, Willi Dölling, Richard Schmidt und Karl Glenewinkel; in Pöhlitz Friedrich Zachau, Paul Böttcher und Ernst Pefel; in Fahr Joseph Bicher, August Grammelspacher, Georg Honedter, Gottlieb Rähle, Wilhelm Reiz, Oskar Schmidt und Joseph Schmieder; in Wernsch S. Schiele, C. Freund und S. Müller und in Gelsenkirchen Emil Bürger, Hermann Weßen und Jean Peters.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Wie das Königl. Bayerische Kriegsministerium der Ausstellungsleitung mitteilte, wird

sich das Topographische Bureau des bayerischen Generalstabs ebenfalls an der Buchgewerbeausstellung beteiligen und wertvolles Material der Sondergruppe „Schule und Buchgewerbe“ zur Verfügung stellen.

Erwünschte Freigabe des Nachdrucks von Postdruckfächern. Postanweisungen und Postfächerzahlkarten dürfen nur durch die Postbehörde bezogen, nicht aber von den Buchdruckereien hergestellt werden. Dadurch entstehen den Konsumenten doppelte Kosten. Sie müssen erstens der Postbehörde die Formulare und zweitens dem Buchdrucker den gewünschten Aufdruck bezahlen. Sind die genannten Formulare aber zum Nachdrucke freigegeben, so wird das Formular mit Aufdruck in einem Arbeitsgange hergestellt; die besondere Bezahlung für den Aufdruck fällt also weg. Prinzipielle Bedenken gegen die Freigabe dieser Formulare können nicht mehr erhoben werden, da ja die Herstellung der Nachdruckpostanweisungen bereits freigegeben ist. Die Freigabe dieser Nachdruckpostanweisungen hat der Post gewiß keine Einbuße, wohl aber eine große Ersparnis an Arbeit gebracht. Wurde doch die ganze Schreibarbeit des Ausfüllens der Nachdruckpostanweisungen mit der Freigabe des Druckes an das Publikum abgewälzt. Ähnlich würde es bei einer Freigabe der einfachen Postanweisungsformulare wie der Zahlkarten gehen, die Post würde keinen wesentlichen Verdienstenfang erleiden, da ja diese Druckfächer ohnehin nicht mit besonderem Preisaufschlag bedacht sind, Postanweisungen mit Marke sogar zum Vorsoße (das Formular also gratis) abgegeben werden. Die Freigabe würde aber wohl auch der Post manchen Vorteil bringen. Der Postanweisungs- und Zahlkartenerwerb würde ganz wesentlich gehoben, denn die private Herstellung würde es ermöglichen, diese Formulare an Geschäftsdrukflächen mit anzudrucken. Vor allem Buchhandlungen und andre Verlagsgeschäfte könnten ihren Massenprospekten gleich den Bestellkarten auch Postanweisungen oder Zahlkarten mit andrucken lassen. Die Kunden würden sich viel mehr dieser Zahlungsmittel bedienen, wenn sie in größerem Umfang als bisher von den Geschäften mit postfester Adresse kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Die vorgedruckte Adresse bedeutet nicht nur für das Publikum, sondern auch für die Post eine wesentliche Erleichterung, sie fördert die Verkehrsfruchtbarkeit. Wie viele Rückfragen werden durch sie vermieden. Der Anlag der Briefmarkenzahlungen würde sicher ganz wesentlich eingeschränkt. Mögen die interessierten Kreise dieses Vorgehens für eine baldige (einmal kommt sie doch) Freigabe dieser Postformulare einzutreten.

Strafbarer Besselscheinaufdruck. Vor einiger Zeit erhielten Tausende von Geschäftsleuten der Provinz Sachsen aus Magdeburg einen gedruckten Prospekt, durch den sie gebeten wurden, ihre genaue Adresse mit Telefonnummer in einen Bordruck einzulassen und diesen an die Mitteldeutsche Verlagsanstalt G. m. b. H. in Magdeburg zurückzuschicken. Sie würden dann kostenlos in das Telefonadreibuch für die Provinz Sachsen aufgenommen. Die Namensänderer erhielten einige Wochen darauf von diesem Verlage die Aufforderung, 3,50 Mk. für das bestellte Telefonadreibuch einzuschicken. Da auf dem Bordruck von einer Bestellung keine Rede gewesen war, verzeigerten wohl die meisten Aufgeberden die Zahlung; sie wurden darauf unter Hinweis auf die in Magdeburg lagernde rechtskräftige Bestellung mit Klage bedroht. Nun kommt der Schwindel an den Tag. Aus Magdeburg wird nämlich geschrieben: Festgenommen wurde der Verlagsbuchhändler Julius D. wegen Urkundenfälschung und die Buchhalterin Margarete M. wegen Beihilfe. D. hat auf mit Unterschrift versehenen geschäftliche Mitteilungen, die er zur Herausgabe eines Verzeichnisses der in der Provinz Sachsen vorhandenen Fernsprechanschlässe einforderte, nachträglich ausdrucken lassen: „Ferner eruche um Lieferung eines Exemplars des Teilnehmerverzeichnis nach Erscheinen zu dem unzeitig angegebenen Bezugspreise“, ohne daß in Wirklichkeit eine solche Bestellung erfolgt war. Die angeblichen Besteller wurden von D. dann durch Drohung mit Klage gezwungen, ein solches Buch abzunehmen und zu bezahlen. Auch der Drucker, der sich dazu hergab, jenen Eindruck zu machen, wird sich wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung zu verantworten haben.

Inehelicher Buchdruckereibesteller. In Bremen wurde der Buchdruckereibesteller Wilhelm Reusch zu acht Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt, weil er in zwei Fällen Teilhaber seines Geschäftes unter falschem Eigentumsvorspiegelungen an größere Summen betrogen hat.

Bessere Ausdehnung der Sonntagsruhe. Wie die „Postliche Zeitung“ meldet, soll der Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, der dem Reichstage bei seinem Zusammentritte vorgelegt werden soll, seine Vorschriften über den Kreis der Handlungsgehilfen hinaus auch auf andre Gruppen von Privatangestellten erstrecken, und zwar auf die Angestellten der Versicherungsunternehmen einschließend der Vereine zur Versicherung auf Gegenseitigkeit, der Versicherungsagenten und Makler, der Annoncenexpeditionen, der Stellenvermittler, der Auctionsteine, der Sparkassen, der Konsumvereine und anderer Vereine, die nach Art des Handelsgewerbes ihre Geschäfte betreiben. Bei den genannten Gewerbebetrieben handelt es sich nicht um offene Verkaufsstellen, sondern um Kontore; infolgedessen komme als Höchstgrenze für die Sonntagsarbeit eine

Zeit von zwei Stunden in Betracht, deren Lage von den zuständigen Behörden geregelt wird. Der Gesetzentwurf berücksichtigt nicht alle die Gewerbebetriebe, auf die sich die im Reichstag ausgeprochenen Anregungen beziehen. Es sei jedoch in Aussicht genommen, für einzelne Gruppen von Angelegten eine besondere Regelung teils auf gesetzlichem Wege, wie bei den Angelegten der Rechtsanwältinnen und Notare, teils auf dem Verordnungswege durchzuführen.

Zur Herabsetzung der Altersgrenze in der Reichsinvalidenversicherung. Nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ wird dem Reichstage noch in diesem Jahr eine Denkschrift zugehen über die Erhebung von der Altersgrenze der Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente. Nach dem Einführungsgeetze zur Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat im Jahre 1915 die gesetzlichen Vorschriften über die Altersgrenze dem Reichstage zur erneuten Beschlußfassung vorgelegt. Zur Vorbereitung für die Entschlüsse des Bundesrats wurde eine Kommission aus Regierungsvertretern und Sachverständigen gebildet, auf deren Veranlassung eine Auszahlung sämtlicher Versicherungsarten in den Altersklassen vom 60. bis zum 65. Lebensjahre von den Landesversicherungsanstalten vorgenommen wurde. Auf diese Weise wurde ermittelt, wieviel Versicherte in jeder Altersklasse vorhanden sind, die bei einer Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre Anspruch auf den Bezug der Altersrente hätten. Auf Grund dieser Auszahlungen hat man die Belastung durch die Herabsetzung auf insgesamt jährlich 13 1/2 Millionen Mark errechnet. Daraufhin wurde angenommen, daß die Angelegenheit damit bereits endgültig geklärt sei. Diese Annahme ist jedoch nicht zutreffend, denn die bei der Auszahlung der Altersrenten gewonnenen Zahlen bedürfen zu ihrer richtigen Bewertung einer sachverständigen Nachprüfung, die inzwischen von der zuständigen Stelle ausgeführt ist. Das Ergebnis dieser Nachprüfung wird in der für den Reichstag bestimmten Denkschrift niedergelegt werden, die die Unterlage für die Entscheidung des Reichstages bilden dürfte, ob die Herabsetzung der Altersgrenze stattfinden soll.

Frühe überhitzte Neutralitätsstimmungen. Unter der Signatur „Eine Gewerkschaft mit dem Januskopfe“ brachte das sich christlich nennende Organ „Keram- und Steinarbeiterzeitung“ in seiner Nr. 37 ein Doppeltaktstück von der Nr. 33 der ersten Seite des Steinarbeiterorgans unserer Richtung. Die eine Seite der gleichen Nummer enthält einen dem Abbleben Bebel's gewidmeten Artikel mit Trauerband, die andre bringt einen Agitationsartikel. Aus der Aufmachung ergibt sich, daß der freigewerkschaftliche „Steinarbeiter“ zwei verschiedene Ausgaben seiner Nr. 33 insofern veranstaltet hat, daß die Texte auf den ersten beiden Seiten verschieden sind. Jeder, auch ein Kölner „Christ“, kann sich leicht vergegenwärtigen, weshalb das geschehen ist. Der freigewerkschaftliche „Steinarbeiter“ Nr. 33 befand sich im Drucke (Bebel starb bekanntlich an einem Mittwoch), als die „Trauerblätter“ Bebel's in Leipzig eintrafen. Der Redakteur ordnete sofort an, nicht mehr weiter zu drucken, und schrieb einen Artikel über Bebel, den er der noch zu druckenden weiteren Auflage unter Umstellung der übrigen Texte einverleibte. Was machen aber die Kölner „Christen“ darauf? Sie verkünden der Mittelwelt, daß der „Steinarbeiter“ die Bebenummer nach jenen Gegenden sandte, wo man einen Artikel über Bebel vertragen kann, und die andern Nummern nach solchen Orten, wo ein solcher Artikel „Argernis und Anstoß“ erregen könnte. Die weitere Deduktion ist dann Doppeltaktigkeit, Scheiterei usw. Man muß staunen, auf welche Dinge die „Christen“ bei ihrem „vornehmen“ Kampfe gegen die freien Gewerkschaften verfallen. Diese Herren scheinen außerdem noch der Meinung zu sein, es wäre eine Neutralitätsverletzung, wenn ein Arbeiterblatt dem verstorbenen Arbeiterführer Bebel einen Nachruf widmet. Eine solche Genußmittelknebel unter dem Deckmantel der Neutralität muß jeden männlich denkenden Menschen zum Ekel erfüllen.

Christliche Krankenkassenverwaltung. Die Bochumer Ortskrankenkasse ist seit Jahren in den Händen der Christlichen. Durch ein raffiniert ausgeklügeltes Wahlsystem wurden Vertreter der freierorganisierten Arbeiter vom Kassenvorstande ferngehalten. Mit Argusaugen wachen die christlichen Sekretäre darüber, daß nur ihre wechselnden Anhänger zu Amt und Würde kamen. Ob sie ihren Aufgaben gewachsen waren? Das zeigen die Zustände in dieser Kasse, die kürzlich zum zweiten Male vor Gericht aufgerollt wurden. Nach dreitägiger Verhandlung erhielt am 14. Januar

dieses Jahrs der Rentant wegen gewinnlüstiger Urkundenfälschung und Untreue — die Jahre lang unter den Augen des christlichen Vorstandes begangen wurde — insgesamt fünf Monate Gefängnis. In dieser Gerichtsverhandlung wurde von einem Buchdruckerbeisitzer ein Paket übergeben, das der Rentant beiseite geschafft hatte. Es enthielt vermischte Akten, die angeblich während der Untersuchung verloren gegangen sein sollten, ein Protokollbuch, worin die wichtigsten Sachen fehlten, ferner Bauzeichnungen und den Vorstand kompromittierende Privatbriefe. Aber diese Dinge schickte damals der Vorstand in allen Eilen. Der angeklagte Rentant wollte die Akten nur wegen eines folgenden Zivilprozesses beiseite geschafft haben. Er sei dem Rufe des Rechtsbeistandes gefolgt. In der neueren Verhandlung vor der Bochumer Strafkammer gab der Angeklagte an, die Akten seit Jahren mit Genehmigung des Kassenvorstandes an sich genommen zu haben, damit die übrigen Kassenebeamten oder Revisoren sie nicht im Bureau entdecken. Diese Darstellung mußte der damalige Kassenvorstand, Kaufmann Dehne, im allgemeinen bestätigen. Wegen Unterdrückung von Urkunden erhielt der Rentant noch einen Monat Gefängnis dazu. Und noch dürfte die Affäre nicht zu Ende sein.

Eine Korrektur Breslauer Justiz. In Breslau hat sich die Strafkammer unter dem Vorhabe des Landgerichtsdirektors Mundry in Arbeiterkreisen durch manche unerhörte scharfe Urteile einen besonderen Namen erworben. Das ist nunmehr schon zu weit gediehen, daß sogar eine höhere Instanz dieser Strafkammer auf die Finger klopfen mußte. Das geschah in folgender Weise: Gegen einen organisierten Arbeiter hatte das Breslauer Schöffengericht wegen Zeldigung von Vorgesetzten auf 50 Mk. Geldstrafe erkannt. Als der Verurteilte Berufung einlegte, wurde diese zurückgewiesen. Die Mundry-Kammer, die schon manchen Redakteur ins Gefängnis geschickt hat, hielt sich für besüßigt, folgendes in die Abweisungsbegründung zu schreiben: „Lediglich der Umstand, daß allein der Angeklagte gegen das Schöffengerichtsurteil Berufung eingelegt hat und dieserhalb das Urteil nicht zum Nachteile des Angeklagten abgeändert werden kann, kommt das Berufungsgericht von der Verhängung einer empfindlichen Freiheitsstrafe für die frivole Sandlungsweise abhalten. Die vom Vorderrichter eingelegten Geldstrafen von 20 bzw. 30 Mk. erscheinen überaus milde.“ Da die Strafkammer auch sonst noch eine ganze Anzahl Rechtsirrtümer begangen hatte, wurde ihr Urteil vom Oberlandesgericht aufgehoben. Mit Bezug auf den obigen Satz aber fügte die höhere Instanz hinzu: „Gemäß § 344 Absatz 2 der Strafprozessordnung ist die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das benachbarte Landgericht in Dels verwiesen, da nicht zu erkennen ist, daß der sachlich ganz überflüssige Schlussatz der Urteilsgründe die Grenze objektiver Beurteilung überschreitet.“ Diese Kennzeichnung Breslauer Richter ist vom Präsidenten des Oberlandesgerichts selbst gezeichnet.

□ □ □ □ □ Literarisches □ □ □ □ □

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe. Dritte Auflage. Verlag von J. B. Lind, München 2 SO. Mit dem Erlöschen der sogenannten Übergangszeit (1. Oktober 1913) wird der Nachweis der Gehilfenprüfung gefordert und ist jnoch die Meisterprüfung für jeden Fachmann zur Notwendigkeit geworden. Der Verfasser, seit Einführung der Institution einer Meisterprüfungskommission vorkommend, verstand es, in gemeinverständlicher Form alles Nötige zusammenzufassen und das Buch in seiner ganzen Aufmachung zugleich zu einem sehr instruktiven Sandbuche für vorwärtsstrebende Fachgenossen zu gestalten, das hauptsächlich für Versicherungsweisen, Wechsel- und Scheckordnung, besonders aber für Buchführung und Preistarif ein wertvolles Hilfsmittel bietet. Die Anschaffung ist bei dem billigen Preise von 3 Mk. bestens zu empfehlen.

Buchgewerbliches Hilfsbuch. Unter diesem Titel erschien im Verlage von Oskar Brandstetter (Leipzig) eine Zusammenstellung und kurze erklärende Übersicht der verschiedenen technischen Verfahren des Buchgewerbes. Der Verfasser, Otto Säuberlich (Leipzig), hat das Werkchen zusammengestellt aus kleinen Abhandlungen, die während des Jahrs 1912 wöchentlich in den Blättern der Firma Oskar Brandstetter im „Börtenballe für den Deutschen Buchhandel“ beigegeben waren zu dem Zwecke, die vielen Zweige dieses vorgenannten Betriebs in leichtverständlicher

Form zu schildern. Diese Darstellungsweise läßt nun auch als Buch noch besonders die verlegende Firma hervorleuchten, doch verliert damit das Bändchen nichts von seinem Werte. Sagt doch der Verfasser selbst in seinem Vorworte, daß es sich nicht um ein erschöpfendes Lehrbuch handeln könne, sondern mehr um zusammengestellte beratende Blaudereien, die aber der Zuverlässigkeit nicht entbehren. Wir glauben jedoch darauf hinweisen zu müssen, daß der Vollständigkeit wegen im Buch auch der am stärksten verbreiteten Zeilengußmaschine Linotype gedacht werden könnte. Die weniger in Betracht kommenden Systeme der Monoline und des verzeigten Elektrophographen brauchen nicht einmal behandelt zu werden. Die Erwähnung der Linotype in dem interessantesten Schlagwörterverzeichnis, das zugleich Erklärungen gibt, genügt doch kaum, um solch hervorragende Erfindung, wie die Mergenthalersche einmal ist, zu würdigen. Im allgemeinen kann aber das Büchlein, das auf 164 Seiten 8° leicht verständlich die Herstellung von Drucksachen behandelt, der Beachtung empfohlen werden. Da namentlich der Anschaffungspreis (gebunden 2,80 Mk.) ein niedriger genannt werden muß. In einer auf der inneren Seite des hinteren Buchdeckels befindlichen Tabelle gibt der Verfasser dem Werke noch bei: Licht Papierproben mit verschiedenen Angaben, eine Übersicht über das typographische System, eine Schriftprobe der hauptsächlichsten Schriftarten, ein Korrekturschema, einen Zeilenzähler, ein Beutchen mit Schrifttypen, Maschinenfahrproben usw. Das Wichtigste erscheint uns noch eine beigelegte Postkarte, welche der Verfasser zu benutzen bietet, um auf dieser demselben mitzuteilen, ob das Büchlein die gesuchte Auskunft gegeben und an welchen Stellen eine größere Ausführlichkeit erwünscht wäre. Der Autor möge darum bei einer späteren Auflage auch unserer angeführten Monita gedenken. xyz.

Briefkasten.

Nach Hamburg: Eine anständige Leistung im Verdrehen und Ausschweigen über das viele Unangenehme. Waren wir erst ab, was die Herren Kaufmann und Genossen über unsere dritten Artikel zu sagen wissen. — F. S. in C.: In der „Zeitschrift“ scheint man schon nicht mehr richtig zu lesen vermögen. Bei der Kaufmännerei mit. — Nach M. Gladbach usw.: Besten Dank für die Informationen über Treffer's Schwindmanöver. Manches wird sich noch verwenden lassen. — M. S. in S.: Daß ein Bündel einen nicht Aufnahmewilligen in gefährlicher Weise mit der Gelbline bearbeitet, ist ja mehr wie reizend. Und diese Enttötung über Terrorismus des Verbandes! — Ch. J. in Krefeld: Besten Dank für Information und freundlichen Gruß! — B. M. in Münster: Wie vorstehend. Höher geht's nimmer. — M. E. in G.: Die Kritik wäre auf dem Gantag angebracht gewesen, im „Korr.“ erscheint sie gesucht und unfaktisch zugleich, Gruß! — S. Sch. in Dresden: 2,60 Mk.

□ □ □ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamioplatz 5 II, Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Bekanntmachung.

Ende September beginnt die Verhandlung des Protokolls über die Verhandlungen der Generalversammlung in Danzig. Wir beabsichtigen, dasselbe wie früher direkt an die Bezirke oder größeren Mitgliedschaften zu senden und eruchen daher die verehrlichen Gauvorstände, uns die hierzu nötigen Adressen zuzustellen. Es ist anzugeben: 1. Ort, 2. Name und Wohnort des Empfängers und 3. Zahl der gewünschten Exemplare. Berlin. Der Vorstand.

Arbeitslosenunterstützung.

Posen. Die Wohnung des hiesigen Reisekassenverwalters E. Gubitz befindet sich ab 4. Oktober Posener Straße 25, H. II r. Die Verwalter der unliegenden Zahlstellen werden erucht, die Reisenden hierauf aufmerksam zu machen.

Versammlungskalender.

Köln. Bezirksversammlung Sonntag, den 26. Oktober, in Köln. Anträge 11. Oktober an den Vorstand. **Magdeburg.** Maschinenfabriker-Versammlung Sonntag, den 28. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Diamantbräu“, Berliner Straße 14.

Ein gewissenhafter
Söhrehobler
für einige Wochen gesucht. [405] Buchdruckerei E. W. Saarfeld, Essen-Ruhr.

Züchtiger Vulkaniseur und Stempelseker
findet dauernde Stellung bei
A. Signer, Nürnberg.
[411] Zeilenmaß mit sämtlichen Einstellungen von 20 Pf. Zeitmaß E. Fritz, Frankfurt am Main 3.

Kanjanin, neues Matrizenpulver (nur Lager, Stereotyppapierarten, all. Formaten. Gallen u. wolle. Druckfärbung für Rot, l. all. Breit. Cell. Zonpl., 27 x 6 cm, 3,50 Mk. l. Spez. 6. S. Andrefsen & Sohn, Hamburg. [390]

Zu baldigem Eintritte suche ich einige geübte
Schriftstellerinnen
in dauernde Stellung bei gutem Gehalt. [415] Otto Weiser, Stuttgart, Schriftgießerei und Messinglinienfabrik.

Lebens- u. Genußmittel
sind unerschwinglich teuer, deshalb verlangen Sie **Borzugs-Preisliste** und bestellen Sie Preisendigung von **Mag Müller & Co., G. M. Berlin N 39, Müllerstr. 166 a** Kaffeerösterei und Lebensmittelverhandlung an Vereinigungen von Konsumenten in Fabriken. Lieferung nach allen Orten per Bahn franko. Vertreter für Buchdruckereien: **H. Schrader, Schriftf., Berlin SO, Garzertstr. 119.**

Beschließbare Werkzeugkasten
sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt stolze **Mag Wögel, Leipzig-Stötterg., Papiermühlstraße 5 II.** Preisliste gratis. [378]

Ortskrankenkasse der Graveure, Ziseleure und anderer künstlerischer Gewerbebetriebe Berlin

Bekanntmachung
Auf Beschluß des Stimmg. Oberverwaltungsamts Groß-Berlin vom 30. August d. S. wird die Kasse am 31. Dezember 1913 geschlossen und gehören die Bezirke sowie die Versicherer, einschließlich der freiwillig Versicherer, vom 1. Januar 1914 der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin an. Am 28. September d. S. finden die Ausschüßwahlen statt und werden Wahlkarten für Mitglieder der bisherigen Kasse von dieser ausgeföhrt. Zu diesem Zweck ist das Kassenslokal auch abends von 5 bis 7 Uhr geöffnet. Gemäß § 301 der R.-V.-O. bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Gläubiger ihre Ansprüche innerhalb drei Monaten im Kassenslokal geltend zu machen haben. Später einlaufende Forderungen können verworfen werden. Der Vorstand [417] **Mag Mohrbeck, I. Vorst., Oull. Schubert, I. Schriftf.,** **Gutenbergsbüfien** in Malabert- oder Eisenstr. beimnagte zu Mk. —, 90, 2,25, 6, 7,50, 13, 22,50 und 36 je nach Größe empföhlt **K. Siegt, München 2, Holzstraße 7.**

Quatschvergnügte Stimmung herrscht auf jedem Buchdruckerstische nach der Aufführung der Komödie „d. g. st. f.“. Darsteller: 7 Herren, 2 Damen. Preis 1,50 Mk. (Rollen a 30 Pf.) durch **W. Richter, Reumünster, Kleier Straße 77 pt. [414]**

H. MATHAEUS DESSAU
Flössergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Am Donnerstag, dem 18. September, verschied nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Blinddarmerkrankung unser lieber Kollege, der Maschinenfabriker **Gottlieb Raake** aus Steinau (Oder) im 40. Lebensjahr. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Dresden, den 19. September 1913 Die Kollegen der [416] „Dresdner Volkszeitung“ (Kaden & Co.).